

Bern



Thuner Wahlen
Die Mitteparteien wollen Ursula Hallers freien Sitz erobern. 27

Streit zwischen Bürgerlichen und Linken um mehr Wettbewerb im Kiesmarkt

Wegen der mutmasslich kartellartigen Zustände im Berner Kies- und Deponiegeschäft will der Kanton seine Kompetenzen ausbauen. Linke Politiker unterstützen dies, die Bürgerlichen leisten Widerstand - nicht zum ersten Mal. Die Branche hat eine starke Lobby.

Adrian Schmid und Michael Scheurer

Nächste Woche behandelt der Grosse Rat den Raumplanungsbericht. Brisanz erlangt das Geschäft durch das vom «Bund» aufgedeckte mutmassliche Kartell im Kies- und Deponiegeschäft. Der Regierungsrat will keine weitere Schwächung der Planung im Bereich Abbau, Deponie und Transporte, wie Planungsdirektor Christoph Neuhaus (SVP) sagt. Die Baukommission des Grossen Rats (BAK) ist jedoch anderer Meinung. Sie hat kürzlich entschieden, dass die Kompetenzen des Kantons in diesem Bereich nicht ausgebaut werden sollen. Zu diesem Zeitpunkt war noch nicht klar, dass die Wettbewerbskommission (Weko) die Sache unter die Lupe nehmen wird («Bund» vom Samstag).

Nun aber kommt Bewegung in die Sache. «Die Weko soll ihren Beitrag leisten. Unabhängig davon braucht es eine Diskussion auf politischer Ebene», sagt BAK-Präsident Blaise Kropf (Grüne). Die SP kündigt an, den Kommissionsentscheid im Parlament bekämpfen zu wollen. «Wenn es kartellähnliche Strukturen gibt, muss der Kanton aus übergeordnetem Interesse eingreifen», sagt SP-Grossrätin Ursula E. Brunner. Mit mehr Staat soll also mehr Wettbewerb in den Kiesmarkt gebracht werden. Bei den Grünen tönt es ähnlich. Sie überlegen sich sogar, einen Vorstoss einzureichen. Zudem war die Kiesaffäre vorgestern auch Thema in der Regierungsratssitzung.

«Ausmass war nicht bekannt»

Es ist aber nicht so, dass die Kommission völlig im Dunkeln tappte, als sie ihren Entscheid fällte. Laut Kropf war in der Sitzung sehr wohl die Rede von Rent-Seeking, also dem Streben nach unverdienten Einkünften, von Marktversagen und Preisabsprachen. «Das Ausmass war jedoch nicht bekannt», so Kropf.

Dennoch sieht man auf bürgerlicher Seite nach wie vor keinen Handlungsbedarf. «Es ist nicht nötig, dass der Kanton in ein funktionierendes System eingreift», sagt BAK-Vizepräsident Gerhard Fischer (SVP). Gemäss Grossrat und BAK-Mitglied Bernhard Riem (BDP) ist der Kanton für die «Marktverzerrung mitverantwortlich», weil er während Jahren veranlasst habe, kleinere Deponien zu schliessen. Riem sieht daher einen anderen Lösungsansatz als den Ausbau der Kompetenzen des Kantons: «Wenn ein halbes Dutzend mehr Depo-



Dicke Schichten - dicke Gewinne? Im Kies- und Deponiegeschäft herrschen im Kanton Bern mutmasslich kartellähnliche Zustände. Foto: Adrian Moser

nien geschaffen würden, würde der Markt wieder spielen.»

Dass sich die bürgerliche Mehrheit in der BAK durchgesetzt hat - wenn auch knapp -, ist womöglich auch auf das gut organisierte Lobbying des Kiesgewerbes zurückzuführen. «Die Branche ist finanzkräftig und hat eine starke Lobby. Sie weiss sich zu wehren», sagt Kropf. Jahr für Jahr werden sämtliche Grossrätinnen und Grossräte mit Kalendern bedient. Der kantonale Kies- und Betonverband lädt die Parlamentarier auch jährlich zu einem informellen Lunch ein. An der Jahresversammlung des Verbands im letzten Mai trat ausserdem Re-

gierungsrätin Beatrice Simon (BDP) als Rednerin auf.

Wie nahe sich Politik und Branche stehen, zeigte sich bereits 2011, als sich der Kanton mit der Überarbeitung des kantonalen Sachplans Abbau, Deponie und Transporte mehr Einfluss verschaffen wollte. Exponenten aus sämtlichen bürgerlichen Parteien reichten eine Motion ein, die darauf zielte, die Überarbeitung zu verzögern und zu verwässern. «Mit verschiedensten Massnahmen wird der Versuch unternommen, den Wettbewerb zu beeinflussen beziehungsweise zu verfälschen. Es besteht kein Grund, seitens der zuständigen Behörden in einen be-

reits funktionierenden Markt einzugreifen», schrieben die Motionäre in ihrer Begründung. Der Vorstoss wurde 2012 zurückgezogen, weil «wir in den meisten Kritikpunkten Gehör gefunden haben», wie Grossrat Peter Sommer (FDP) gemäss Sessionsprotokoll im Rat sagte.

Mehr Handhabe mit Baugesetz

Der Regierungsrat versucht derzeit, die Schraube im Deponiewesen über die Revision des Baugesetzes erneut anzuziehen. Mit einem neuen Artikel will er die Betreiber von Materialabbaustellen verpflichten, dass sie ihre Gruben anderen Unternehmen zugänglich machen müs-

sen. Damit wolle man verhindern, dass Unternehmen «vom Markt ausgeschlossen» und die «Preise künstlich in die Höhe getrieben werden», heisst es in der Erklärung der Regierung. Aber auch hier gibt es Widerstand aus dem bürgerlichen Lager, wie die Vernehmlassungsantworten zeigen. Die SVP, der Gewerbeverband Berner KMU und der Handels- und Industrieverein (HIV) lehnen den Artikel ab, daran ändern auch die neusten Enthüllungen nichts. «Zeigt nicht gerade das Eingreifen der Weko, dass die bestehenden Instrumente genügen?», schreibt SVP-Generalsekretärin Aliko Panayides auf Anfrage.

Mutmassliches Kieskartell in der Kiesbranche

Die Behörden wissen seit Jahren Bescheid, reagierten aber nur zaghaft

Die mutmasslichen kartellartigen Zustände sind den bernischen Behörden seit Jahren bekannt. Versuche, die Strukturen aufzubrechen, waren nur mässig erfolgreich.

Michael Scheurer

Ein Blick in die verworrenen Verwaltungsstrukturen des Kantons Bern zeigt, wie die Kies AG Aaretal (Kaga) über Jahre Einfluss auf die eigenen Regulierungen nehmen konnte. Bis 2012 hatten Verwaltungsräte der Kaga-Unternehmen Einsitz mit Stimmrecht in der vom Kanton einberufenen Kommission Abfall, Deponie, Transport (ADT). Diese erarbeitete etwa Anträge für neue Deponien oder Kiesabbaustellen in den Regionen. Damit hatte die Branche die Möglichkeit, ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Zwei Beispiele zeigen die Verbindungen zwischen Behörden und der Kaga. In der kantonalen Kommission ADT sassen bis 2012 zwei Verwaltungsräte der Kaga: Daniel Kästli

und Kurt Baumgartner. Aber auch auf regionaler Ebene war die Kaga vertreten. In der Region Thun etwa präsidierte der langjährige Geschäftsführer und Verwaltungsrat der Kaga, Andreas Roth, die dortige Kommission ADT gar bis Ende 2013. «Solche Verbindungen zwischen Behörden und Unternehmen dürften das mutmassliche Kartell im Berner Kies- und Deponiegeschäft erst ermöglicht oder zumindest gefördert haben», sagt Marc Amstutz, Professor für Handels- und Wirtschaftsrecht an der Universität Freiburg. Nicht auszuschliessen sei, dass die Verbandlungen zwischen Kanton und Branche gegen das Wettbewerbsrecht verstössen, falls der Kies- und Deponiemarkt nicht gesetzlich dem Wettbewerbsrecht entzogen worden sei, sagt Amstutz. Eine Branche werde nur selten vom Wettbewerbsrecht entbunden, etwa bei der Agrarwirtschaft, wo eine planwirtschaftsähnliche Situation herrsche.

Problem erkannt

In den zuständigen Ämtern und Direktionen ist das Problem schon lange bekannt. Jacques Ganguin, stellvertreten-

der Amtsvorsteher im Amt für Wasser und Abfall in der Direktion von Baudirektorin Barbara Egger (SP), sagt: «Über die oligopolartige Situation in der Branche wurden wir uns das erste Mal vor rund drei Jahren bewusst.» Bereits 2008 wurde in einem Controllingbericht des Amtes für Gemeinden und Raumordnung (AGR) in der Direktion von Raumplanungsdirektor Christoph Neuhaus (SVP) auf «die Problematik von Monopolen» aufmerksam gemacht. Daraufhin wurde mit der Revision des kantonalen Sachplans ADT 2012 den Branchenvertretern das Stimmrecht in den Kommissionen entzogen. Sie sind nun offiziell nur noch beratend tätig - in sogenannten Begleitgruppen. Experte Amstutz vermutet allerdings, dass ihr Einfluss auf die Entscheide der Kommissionen damit nicht kleiner geworden ist.

Trotzdem hat sich die Branche gegen die Revision des Sachplans heftig gewehrt. Etwa mit einem Vorstoss im Grossen Rat unter dem Titel «Stopp der geplanten Inkraftsetzung des kantonalen Sachplans ADT». Die Begründung: Es bestehe kein Grund, in einen bereits funktionierenden Markt einzugreifen

(siehe Haupttext oben). Professor Amstutz stellt allerdings infrage, ob mit dem Sachplan alleine das Problem hätte gelöst werden können. Vielmehr gelte für eine Behörde der Grundsatz des rechtmässigen Verwaltungshandelns. Dieser verlange unter anderem eine kartellrechtliche Prüfung und bei Bedarf die Einschaltung der Wettbewerbskommission (Weko).

War das in der Verwaltung und bei den Regierungsräten ein Thema? Egger ist aus gesundheitlichen Gründen nicht

Korrigendum

Peter Zürcher, Vertreter der Interessengemeinschaft Antideponie, legt Wert auf folgende Präzisierung im «Bund»-Artikel «Undurchsichtige Spiele in der Kiesgrube» vom 7. November 2014: Die im Artikel erwähnte E-Mail von Christoph Künzi, Mitglied der Geschäftsleitung Vigier Berner Oberland, wurde von Peter Zürcher an die Kantonsverwaltung weitergeleitet, nicht wie im Artikel missverständlicherweise festgehalten von Künzi selber. Am Inhalt des Artikels ändert sich dadurch nichts. (lok)

erreichbar. Ihr stellvertretender Amtsleiter Ganguin sagt, die Beweislage sei dünn. Es liege nicht in seiner Kompetenz als Obergerichtsbehörde für den Betrieb der Abbaustellen, die Wettbewerbskommission einzuschalten oder andere Massnahmen zu ergreifen. Gefragt sei vielmehr die Politik. Neuhaus sagt, dass er als Konsequenz seiner Erkenntnisse zum mutmasslichen Kieskartell die kantonale Überbauungsordnung in Thierachern erlassen habe, um die Situation zu entschärfen. «Auch mit der Revision des Sachplans ADT 2012 wollte man Gegensteuer geben», sagt Neuhaus.

Informierte Neuhaus die Weko?

Dem Vernehmen nach hat der SVP-Regierungsrat aber mittlerweile interne Zahlen, Verträge und Dokumente aus der Kiesbranche gesammelt und sie der Wettbewerbskommission (Weko) übergeben. Weder die Wettbewerbskommission noch Neuhaus wollten gestern auf Anfrage den Sachverhalt bestätigen. Neuhaus (SVP) sagt nur: «Ich bin nicht in der Verantwortung, volkswirtschaftliche Prüfungen zu machen.»